Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 1mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ₰ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 ₰ monatl., 2.25 ₰ vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ₰, monatl. 1.20 ₰ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 7mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung Lützowstraße 10. (Telephon VI. Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I. (Telephon 4621).

Nr. 45. Dienstag, den 14. Februar 1911. 105. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der Reichstag begann am Montag die zweite Lesung des Reichshaushalts mit der Beratung des Marineetats. (S. Reichstagsbericht.)

* Aus Deutsch-Südwestafrika wird der Einfall von Simon Copper-Leuten in deutsches Gebiet gemeldet. (S. Letzte Dep.)

* Die Bitte des Generalgouverneurs der Mandschurei, sich durch Titel- und Aemterverkauf Geld für die Bekämpfung der Pest verschaffen zu dürfen, ist von der chinesischen Zentralregierung genehmigt worden.

* Die bereits gemeldete Zurückziehung der russischen Truppen aus Kaswin wird nunmehr amtlich bekanntgegeben.

* Das Leipziger Stadttheater erwarb ein neues Stück von Franz Adam Beyerlein zur Uraufführung. (S. K. u. Wiss.)

* Der verstorbene Geh. Kommerzienrat Bethcke vermachte der Stadt Halle 1½ Millionen Mark zu Zwecken der Jugendfürsorge. (S. Letzte Dep.)

* Die Gebäude der Universität Saskatoon (Kanada) sind sämtlich ein Raub der Flammen geworden. (S. Tagesch.)

Der Fall Jatho.

Die evangelischen Orthodoxen in Preußen haben es endlich erreicht, daß das Irrlehregesetz zum ersten Male zur Anwendung gelangt. Sie haben zu einem Schlage gegen einen liberalen Theologen ausgeholt, dessen Tätigkeit ihnen schon lange schwere Kümmernisse bereitet hat. Der 60jährige Pfarrer Karl Jatho in Köln erfreut sich des stärksten Vertrauens seiner Gemeinde, weil aus seinen Predigten und Vorträgen ein durchaus moderner Geist spricht, der sich nicht an Buchstaben und Bekenntnisformeln gebunden fühlt, sondern in die Tiefen des Wesens der christlichen Religion zu dringen sucht, weil dieser Seelsorger sich müht, „das einmal Geschaute und Gefundene seinen Hörern und Lesern so anschaulich zu machen, wie es ihm selbst vor Augen steht". Gegen Jatho sind die orthodoxen Eiferer schon wiederholt Sturm gelaufen, haben aber damit bisher wenig Glück gehabt, da der kürzlich verstorbene rheinische General-Superintendent Umbeck seine schützende Hand über den schwer angefeindeten Prediger hielt.

Aber die Zähigkeit von Jathos Gegnern hat doch zuletzt den Sieg davongetragen und so wurde, ohne daß erst die Gemeinde Jathos gehört worden war, auf Grund des preußischen Irrlehregesetzes ein Verfahren gegen Jatho eingeleitet. Anfangs Januar forderte der Oberkirchenrat in einer Verfügung Rechenschaft über fünf Punkte, die ihm in der Lehre und Anschauung Jathos anstößig erscheinen. Danach ist der Gottesbegriff des rheinischen Theologen ketzerisch, seine Auffassung von der Religion und den Menschen, die „nicht als arme Sünder, sondern als Gotteskinder voll göttlicher Schönheit der Lebensfülle geboren werden", hat ebenfalls Widerspruch hervorgerufen; beanstandet wird ferner die Auffassung von der Persönlichkeit Jesu Christi, „der fließenden Größe, die tausendmal im Laufe der Zeiten sich gewandelt hat", und endlich die Leugnung der persönlichen Fortexistenz nach dem Tode. Der Oberkirchenrat erwartete von Jatho binnen vierzehn Tagen einen Widerruf seiner ketzerischen Anschauungen und fügte seiner Kundgebung, scheinbar als Begründung, eine anonyme Predigtskizze Jathos bei, die ein geheimnisvoller Einsender und Eiferer der obersten Kirchenbehörde zur Verfügung gestellt hat, und die trotz ihres anonymen Charakters seltsamerweise als Material verwendet worden ist.

Jatho ist der Aufforderung des Oberkirchenrats nachgekommen und hat eine ausführliche Antwort auf die Anklagepunkte gegeben. Er weicht in keinem Punkte zurück, sondern beruft sich in seiner Verteidigung sehr wirkungsvoll und geschickt auf Harnack, der ja selbst im Spruchkollegium sitzt. Er hat für sich diesen feinsinnigen Theologen zitiert, für den „jede Aussage über Jesu, die sich nicht in dem Rahmen hält, daß er ein Mensch war", unannehmbar ist, und er hat zum Schluß bekannt, daß er den angesonnenen Widerruf nicht leisten werde. „Wäre Ihnen" — so schreibt Jatho an den Oberkirchenrat — „für die protestantische Kirche, die Sie zu hüten berufen sind, mit Männern gedient, welche widerrufen? Nimmermehr! Und so kann und will auch ich nicht widerrufen, solange ich nicht aus der Bibel oder sonst mit hellen und klaren Gründen der Vernunft eines Besseren belehrt werde; denn es ist weder sicher noch geraten, etwas wider das Gewissen zu tun. Ich will meine Ueberzeugung, die ich mir in 40jähriger ernster Lebensarbeit erworben habe, weiter vertreten und weiter verkündigen, und zwar wie bisher ohne alle Furcht." Und zum Schluß weist er es mit Würde zurück, auf die der Anklageschrift beigegebene anonyme Predigtskizze einzugehen. „Anonyme Denunziationen aber sind mir so widerwärtig, daß ich mich mit denselben in keiner Weise befassen möchte. Ich bin gewöhnt, frei und offen zu reden vor der Welt, freue mich auch, wenn Gegner meine Predigten oder Vorträge besuchen und sich mit mir darüber auseinandersetzen, wie es unter Ehrenmännern Sitte ist: in öffentlicher Diskussion oder unter vier Augen durch privaten Besuch. Die Spionage aber hasse ich und die Spione dazu."

Diese peinliche Belehrung über die Verwertung eines anonymen Schriftstückes hätte sich der Oberkirchenrat wahrhaftig ersparen können; denn seine Sache ist dadurch keineswegs gebessert worden. Jathos Haltung ist durchaus männlich und kraftvoll; sie muß auch seinen Gegnern Achtung vor der Ueberzeugungstreue dieses Mannes abnötigen. Der Oberkirchenrat steht jedenfalls vor einer schweren Entscheidung. Will er das Odium auf sich laden, alle Geistlichen auf eine einzige Lehrmeinung zu verpflichten, dann handelt er unprotestantisch, und dafür hat gerade die Gegenwart eine besonders starke Empfindung.

Der hessische Pfahl im nationalliberalen Fleisch.

Die nationalliberale Partei hat, seitdem unter den Finanzreformwirren Herr v. Heyl und Graf Oriola ihr Verhältnis zur Reichstagsfraktion lösten, in Rheinhessen keine Ruhe gefunden. In den ersten Wochen nach der Verabschiedung der Steuergesetze und dem Sturz des Fürsten Bülow nahm man allgemein an — auch in den leitenden Kreisen der nationalliberalen Partei glaubte man's —, daß die beiden Herren nun wohl auch die Konsequenzen ziehen und dem ersten Schritt weitere folgen würden. Aber dabei hatte man sich in Herrn v. Heyl und auch in der Natur des hessischen Nationalliberalismus getäuscht. Die Herren v. Heyl und Graf Oriola fuhren fort — woran sie freilich niemand hindern konnte —, sich als nationalliberal zu bezeichnen. Aber was schlimmer war: ihre Wähler glaubten es ihnen auch. Versammlungen in den Kreisen der beiden Abgeordneten versicherten sie des uneingeschränkten Vertrauens der Wählerschaft, und als dann der Fall vor den hohen Rat der hessischen Landespartei gezogen wurde, begnügte man sich mit einer Konkordienformel, die im Grunde einer Desavouierung der Reichstagsfraktion und ihres Führers glich. Vielleicht ist das die wesentlichste, wenn schon sicher nicht die einzige Fehlerquelle. Herrn Dr. Osanns diplomatisches Talent hatte einen Eklat, ein förmliches Auseinanderbersten zu verhüten versucht, und hat am letzten Ende doch nur erreicht, daß fortan Bündler und Kryptokonservative mit zu Tische saßen.

So haben sich die Dinge dann ganz logisch weiter entwickelt, bis wir dieser Tage erleben mußten, daß von einer nationalliberalen Organisation Herrn Diedrich Hahn, der sonst — im Parlement wie auf seinen Agitationstouren durch die deutschen Gaue — die Nationalliberalen auf das gehässigste bekämpft, ein ungemein freundschaftlicher Dank votiert wurde, und in der vom offiziellen Parteiorgan neuerdings veröffentlichten Liste nationalliberaler Kandidaturen uns der wohlbekannte Name des Herrn Dr. Becker-Sprendlingen grüßte. Desselben Herrn Becker, der, vor die Wahl zwischen der Partei und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gestellt, der Partei kaltlächelnd und förmlich den Rücken gekehrt hatte. Diese Dinge beginnen nachgerade doch ein allgemeineres Interesse zu beanspruchen, denn sie drohen an das Herz der nationalliberalen Partei zu greifen. Das neue Statut der Partei gewährt zwar den Lokalorganisationen nahezu völlige Freiheit in der Auslese der Kandidaten. Wenn Herr Becker den Hessen gefällt, und er wird ihnen gefallen — wer in Kassel das Vergnügen gehabt hat, dem Landtagsabgeordneten Dr. Winkler zu lauschen, kann das kaum noch bezweifeln — bliebe der Zentrale schwerlich eine andere Wahl, als den Sprendlinger Arzt zu akzeptieren. Aber wenn, was im Interesse der nationalliberalen Partei der Himmel in Gnaden verhüten möge, Herr Dr. Becker doch gewählt wird, was dann? Dann kann sich heute oder morgen wiederholen, was im Sommer 1909 sich schon begab. Wir haben eine neue Krisis, neue Erschütterungen, frische Feinseligkeiten und ein Wiederaufflammen kaum verharschten Hasses. Dann waren die Auseinandersetzungen von 1909 überhaupt nicht nötig. Denn schließlich hatte der Freiherr v. Heyl, mit dem zum mindesten in sozialpolitischen Dingen zu reden war, doch noch ganz andere Meriten als Herr Dr. Becker, der die agrarischen Allüren mit diesem teilt und im übrigen über das engherzigste Scharfmachertum nie hinausgekommen ist.

Es liegt zweifellos im Wesen der nationalliberalen Partei begründet, daß für die Zugehörigkeit zu ihr eine weitherzigere Auffassung Geltung erlangt hat, als bei anderen Parteien. Das ist eben die Stärke, aber manchmal auch die Schwäche der Mittelpartei. Als die Partei im Zenith ihres Ruhmes stand, reichte sie von Treitschke und Gneist bis Lasker und Bamberger. Die Sezession von 1880 hat die Partei dann bis zu einem gewissen Grade vereinheitlicht; ob durchweg zum Segen, möchten wir einstweilen dahingestellt sein lassen. Immerhin blieb bestehen — und besteht noch bis auf den heutigen Tag —, daß die nationalliberale Partei Mitglieder besitzt, die ohne viel innere und äußere Beschwernis bei den Konservativen Platz nehmen könnten, und wieder andere, die mit einem guten Teil ihres Gedankengerüstes in den Fortschritt hineinreichen.

Die Geschichte der nationalliberalen Partei in dem ersten und fruchtbarsten Dezennium ihres Bestehens erweist, daß derlei Verschiedenheiten im einzelnen verhältnismäßig leicht verwunden werden konnten. Aber doch nur, solange eine allgemeine Stimmung stark genug war, die Nebengeräusche zu übertönen. Ist man wie jetzt in Hessen erst so weit, daß man publizistische Organe begründet und alimentiert, um die offizielle Parteipolitik zu bekämpfen, dann ist von Gemeinsamkeiten wohl kaum noch die Rede. Dann täten aber die, so es angeht, gut, mit dem Gedanken der Scheidung sich allmählich vertraut zu machen. Sie lähmen sonst die Aktionsmacht der Partei.

Zur Reform des Rechts.

Die Bestrebungen, Rechtswissenschaft und Rechtsprechung in unseren Tagen nach großen Gesichtspunkten einer Reform entgegenzuführen, gewinnen allmählich greifbarere Gestalt. Für nächsten Sonntag, den 19. Februar, ist nach Berlin eine Zusammenkunft einberufen, die einer freien Aussprache über die Ziele und die zunächst zu beschreitenden Wege dienen soll und Klarheit bringen dürfte, ob mit Hilfe der Gründung einer Organisation oder wie sonst dem jetzt mit so großer Lebendigkeit aufgetauchten Gedanken Förderung bereitet werden könne. Es handelt sich um keinen neuen Wunsch, wohl aber um die neue Formulierung eines alten und ewig neu bleibenden Wunsches: Rechtsprechung und Volksanschauung, Richter und Volk, Gesetz und Laienverstand einander näher zu bringen, und zwar nicht allein auf dem Gebiet des Strafrechts, dem durch die bevorstehende Reform genützt werden soll, sondern ebensosehr auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. Die neuen Bestrebungen liegen nicht in der Richtung, die die freie Rechtsfindung des Richters an die Stelle des Gesetzes setzen will, sie gehören auch nicht in die Kategorie der Kritiker, die von Klassenjustiz und Weltfremdheit der Richter reden; wohl aber erkennen diese Bestrebungen an, daß allerlei verbesserungsbedürftig ist, daß der Richter unter größerer Berücksichtigung des sozialen Lebens und der wirtschaftlichen Bedürfnisse das Gesetz tiefer und reiner erkennen und anwenden lerne, und daß er noch mehr als bisher die Welt und deren einzelne Verhältnisse, über die er urteilen soll, erkennen lerne.

So ist vor kurzem ein Aufruf in dieser Sache erlassen worden, der den früheren Oberlandesgerichtsrat Bozi in Hamm, jetzt Amtsgerichtsrat in Bielefeld, zum Verfasser hat und eine Reform unserer Rechtspflege an Haupt und Gliedern bezweckt. Der Aufruf, der den Lieblingsgedanken Bozis, die Uebertragung der realwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen Methode auf die Rechtswissenschaft in den Vordergrund rückt, ist nur zum Teil beifällig aufgenommen, zum Teil aber auch sehr ablehnend beurteilt worden. Ein anderer Aufruf, der von Jena ausgeht und seine Wiege namentlich in den Kreisen des Thüringer Oberlandesgerichtes hat, hält sich von der Betonung einer einseitigen Methode fern, sondern ist, wie u. a. die „Deutsche Juristenzeitung" urteilt, „in seiner Kritik des bestehenden Zustandes durchaus maßvoll und gerecht" und zeigt „in seinen Forderungen für die Gegenwart und die Zukunft Umsicht und Besonnenheit". Der Präsident des thüringischen Oberlandesgerichts in Jena, Dr. Börngen, der Professor an der Universität Jena Geheimrat Dr. Danz, Oberlandesgerichtsrat R. Deinhardt in Jena, Reichsgerichtsrat Dr. Düringer, Professor an der Universität Berlin Geheimrat Dr. Hellwig und Regierungsrat Dr. J. Rathenau in Berlin dürften — neben anderen — den wesentlichsten Anteil an dem Inhalt dieses Aufrufes haben. Er trägt den Forderungen, die im Reichstag und Landtag an die Reform der Rechtsprechung gestellt sind, implizite Rechnung, ohne einzelnen unberechtigt weit gehenden Kritikern recht zu geben. Er fordert, daß die Juristen, „da es sich um Verbindung mit den lebendigen Kräften unserer Zeit handelt, sich die Hände reichen mit führenden Personen im öffentlichen, namentlich wirtschaftlichen Leben." Er erkennt an, daß es sich hier um tiefe kulturelle Bewegungen handelt, daß die Grenzen engherzigen Herkommens überschritten werden, das Wirkliche und Tatsächliche, das soziale Leben und die Erfahrung in höherem Grade verwertet werden müsse. Von den Gesetzen fordert der Aufruf größere Klarheit im Ausdruck und die Beschränkung auf die Aufstellung großzügiger Regeln, und von der Auslegung der Gesetze, daß man in ihnen nicht lückenlose Offenbarungen sehe, sondern daß im Rahmen der Gesetze die Gerechtigkeit verwirklicht werde. Von dem Richtertum selbst verlangt der Aufruf, daß die Auswahl der Personen nach der Bedeutung ihrer Persönlichkeit als Ganzem geschehe, und daß besondere Fachkenntnis eines bestimmten Gebietes als Richterspezialisten ausgebildet und verwendet werden. Dem Buchstabengeist und der fiktiven Auslegung der Rechtsgeschäfte erklärt man hier den Krieg. Ein sehr gesunder Anfang scheint hier gemacht zu werden, dessen Fortführung zunächst in der bevorstehenden Berliner Konferenz, und was darauf folgt, berechtigtem Interesse begegnen dürfte. Die Konferenz findet im Hotel Esplanade unter dem Vorsitz von Präsident Börngen statt.

Ein sozialdemokratischer „Agrarier".

Der sozialdemokratische Schriftsteller Arthur Schulz hat sich schon wiederholt mit seinen wirtschaftspolitischen Ansichten in schroffen Gegensatz zu seinen Parteifreunden gesetzt. Er hat in den „Sozialist. Monatsheften" vom 26. Januar den Nachweis zu führen versucht, daß die inländische Landwirtschaft den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung bisher fast völlig, und zwar in normalen Futterjahren zu mäßigen und relativ langsam steigenden Preisen gedeckt hat, und daß die Eigenfleischversorgung sowohl im allgemeinen nationalwirtschaftlichen Interesse wie im besonderen dauernden Arbeiterinteresse der Zufuhr von Prärievieh und Frostfleisch vorgezogen werden muß.

Eine folgenrichtige Ergänzung zu diesen Ausführungen bildet ein neuer Aufsatz, dem Artur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften" vom 9. Februar den Nachweis widmet, daß eine „Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich ist." Er kommt darin zu dem Schluß, „daß die deutsche Tierproduktion noch überaus ausdehnungsfähig und im allgemeinen noch nicht genötigt ist, Intensitätssteigerungen mit Kosten zu verkaufen, die rascher wachsen als der Produktionserfolg." Daher glaubt Artur Schulz als berechtigt die Erwartung aussprechen zu können, „daß Deutschlands Erzeugung an tierischen Produkten mit der Bevölkerung und dem Wachstum ihres Bedarfs auch im nächsten Jahrzehnt wird gleichen Schritt halten können, ohne daß die Preise unmäßig steigen." Nach Schulz kommt es „nur darauf an, die produktiven Kräfte in der inländischen Landwirtschaft zu möglichster Entfaltung zu bringen." „Soweit dazu" — mit dieser Mahnung an die Parteigenossen schließt Artur Schulz seinen Aufsatz — „der Staat und andere öffentliche Verbände beitragen können, dürfen die in den verschiedenen Vertretungskörperschaften tätigen Parteigenossen ihre Mitwirkung nicht versagen."

Begeistert rühmt Artur Schulz, sich selbst verspottend, die Erfolge der fiskalischen Moorkultur. Er schreibt wörtlich:

„Ein besonders gelungenes Unternehmen der preußischen Forstverwaltung, die 1900 begonnene Urbarmachung der Niederungsmoore in der ostpreußischen Oberförsterei Schneeken, hatte ich Gelegenheit, mehrere Jahre hindurch aus nächster Nähe zu beobachten; anfangs mit der größten Skepsis: denn in Kautskys „Agrarfrage", meiner damaligen agrarpolitischen Bibel, wird es gerade mit Bezug auf die Moorkultur verurteilt, daß vom Staat große Kosten aufgewendet werden, „um mühsam einige Flecken unfruchtbaren Terrains in Kulturland zu verwandeln." Glücklicherweise kümmerte sich der Pionier der Moorkultur in Ostpreußen Forstmeister Dr. Storp nicht um meine Bedenken. Rastlos wurden Vorflutgräben gezogen und Drainagen gelegt: Moorpflüge brachen die binsenbestandene minderwertige Grasnarbe, Tellereggen zerstückelten den von der Pflugschar aufgeworfenen Seggentorf, schwere Walzen schufen aus der lockeren, leicht austrocknenden und ausfrierenden Oberflächenschicht ein sicheres Keimbett und einen festen Standort für die Gras- und Kleepflanzen, die nach reichlicher Vorratsdüngung mit Kainit und Thomasmehl unter der schützenden Getreideüberfrucht üppig heranwuchsen. Und dieselbe Fläche, die 1900 nur 15—20 Rindern eine kärgliche Nahrung bot, ernährte 1909 bereits 1600 Haupt Stall- und Weidevieh, und ein Pächter konnte auf einer Fläche von 19,3 Hektar 88 Ochsen für den Berliner Konsum so anmästen, daß sie durchschnittlich um 142 Kilogramm pro Stück zunahmen. Selten hat die preußische Forstverwaltung ein besseres Geschäft gemacht als mit ihren Moorkultivierungen." Wehe dem armen Ketzer!

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. Februar.

* **Mittelstandsvereinigung und Politik.** Der „Fortschritt", das offiziöse Organ der Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen, bringt in seiner nächsten Nummer folgende Mitteilung: „Von Zeit zu Zeit tauchen in der Presse Nachrichten auf, nach denen die sächsische Mittelstandsvereinigung in diesem oder jenem Wahlkreise beabsichtige, eigene Kandidaten aufzustellen. In letzter Zeit wird von Meißen aus die Meldung verbreitet, es sei eine neue Mittelstandsvereinigung lediglich zu dem Zwecke gegründet worden, um auf eine stärkere Vertretung des Mittelstandes in den Parlamenten hinzuwirken. Da durch derartige Mitteilungen der Verdacht erweckt wird, als beabsichtige die Mittelstandsvereinigung die Bestimmungen ihrer Satzungen von der rein wirtschaftlichen Natur ihrer Bestrebungen nicht einzuhalten, so sei hier ausdrücklich festgestellt, daß die Mittelstandsvereinigung mit diesen Vorgängen, falls sie einen tatsächlichen Hintergrund haben sollten, nichts zu tun hat. Sollte hierbei der Name Mittelstandsvereinigung gebraucht werden, so geschieht das unrechtmäßig. Wir richten an unsere Freunde im Lande die dringende Bitte, uns in dem Bestreben zu unterstützen, von dem gewerblichen Mittelstande alles fernzuhalten, was seine Einigkeit stören könnte. In den wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft, in denen über die Berechtigung der mittelständischen Existenzform entschieden wird, werden Handwerk, Detailhandel, Hausbesitz usw. nur dann siegreich bestehen, wenn alle diese Gruppen geschlossen auftreten. Deshalb muß Parteipolitik von der Mittelstandsvereinigung streng ausgeschlossen werden; hat doch die Erfahrung gelehrt, daß der gewerbliche Mittelstand, der auf wirtschaftlichem Gebiete ein Herz und eine Seele ist, sofort uneinig wird, wenn er mit parteipolitischen Streitfragen befaßt wird. Auch hat die Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen als rein wirtschaftliche Vertretung Erfolge errungen, die sie als politische Organisation nie und nimmer erzielt haben würde."

* **Aus dem 23. ländlichen Landtagswahlkreise** wird uns geschrieben: Der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei Gewerbeschullehrer Dr. Schubert